

Ein Volksaufstand und seine Folgen.
Der 17. Juni 1953 und die Menschen im geteilten Deutschland
15. Juni 2010, 19 Uhr
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Am 17. Juni 1953, knapp vier Jahre nach Gründung der DDR, kam es zu einem Volksaufstand, der die SED-Diktatur ins Wanken brachte. Die ostdeutschen Bürger forderten freie Wahlen und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Trotz seiner blutigen Niederschlagung und seines Scheiterns war der Volksaufstand ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie und Freiheit. Traditionell erinnert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur jedes Jahr an das wichtige Schlüsselereignis der Nachkriegszeit. Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung, begrüßte die Anwesenden und sah den Abend als eine Einstimmung für die zahlreichen Veranstaltungen, die jedes Jahr anlässlich des 17. Juni 1953 stattfinden. Eingeladen waren drei Experten und Zeitzeugen.

Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk leitete den Abend mit einem Impulsreferat zu den Geschehnissen vom 17. Juni 1953 anhand eines Fallbeispiels ein.

Auch eine kleine Elektromotorenfirma in Wernigerode hatte die Nachricht über den Streik in Ost-Berlin erreicht. Die Arbeiter des Unternehmens schlossen sich nicht sofort den Protesten an, sondern diskutierten zunächst die Forderungen. Schließlich verabredeten sie sich, um am nächsten Tag ebenfalls zu streiken. Am 18. Juni 1953 wollten sie zur innerdeutschen Grenze zu ziehen, um dort die Grenzanlagen einzureißen. Der Betriebsdirektor der Elektromotorenfirma hörte von dem Vorhaben seiner Arbeitnehmer. Er berief eine Belegschaftsversammlung ein und hielt so die Mitarbeiter davon ab, auf die Straße zu gehen. Bereits während der Versammlung wurde der Betrieb von sowjetischem Militär belagert.

Um die Stimmung der Belegschaftsversammlung spürbar zu machen, präsentierte Kowalczuk dem Publikum im Saal der Bundesstiftung einen historischen Audiomitschnitt. Zu hören war das zustimmende Geflüster hunderter Mitarbeiter, das nur durch die Stimme des Wortführers der Versammlung übertönt wurde. Er forderte in Solidarität mit den Arbeitern Berlins geheime und freie Wahlen, eine Aufhebung der Zonengrenzen und einen Friedensvertrag für ganz Deutschland. Er forderte die Arbeiter auf, sich von der Belagerung durch das sowjetische Militär nicht einschüchtern zu lassen. Sollten Arbeiter wegen des Streiks inhaftiert werden, würde man solange streiken, bis alle Kollegen aus der Haft befreit wären.

Die zustimmenden Rufe der Belegschaft füllen 57 Jahre später jetzt die Räume der Bundesstiftung zur Aufarbeitung und beeindrucken die anwesenden Zuhörer. Dieser Mitschnitt ist einer von wenigen erhaltenen Tondokumenten, die nicht aus Angst vor Entdeckung zerstört worden ist.

Wieso war es zu dem Volksaufstand gekommen? Welche Beweggründe hatten die Wernigeroder Arbeiter sich dem rasch ausbreitenden Protest anzuschließen? Die Fluchtbewegungen aus der DDR in die Bundesrepublik wurde Anfang der 1950er Jahre immer massiver. Auf einer Tagung beschloss die SED-Führung trotzdem eine zehnprozentige Normenerhöhung, die bis zum 30. Juni 1953 durchgeführt werden sollte. Die Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung wuchs, konstatierte Kowalczuk. Moskau reagierte und bestellte eine Delegation der DDR-Regierung ein. Sie erhielt dort die Anweisung einen neuen politischen Kurs einzuleiten, um den Ärger der

Bürger zu mindern. Die plötzliche Richtungsänderung in der Politik, allerdings ohne die Normenerhöhung zurückzunehmen, überraschte und verärgerte die Bevölkerung. Sie nahmen die Veränderungen als Bankrotterklärung des Systems wahr. Die Eingeständnisse von Fehlern durch die Machthaber ließ die Menschen auf eine Veränderung hoffen. Der Aufstand, zumeist von Arbeitern ausgelöst, breitete sich daraufhin flächendeckend aus. Auch Auszubildende, Hausfrauen und Intellektuelle, die meistens als Streiksprecher fungierten, beteiligten sich an den Demonstrationen. Schon nach kurzer Zeit waren die Streikführer jedoch ratlos und wussten ihre politischen Forderungen nicht umzusetzen. Es sei ein Handlungsvakuum entstanden, so Kowalczuk. Außerdem waren die Menschen nicht auf das sowjetische Militär vorbereitet, das den Aufstand brutal niederschlug. Insgesamt wurden am 17. Juni 1953 etwa 60 bis 80 Menschen getötet, Tausende verletzt und zwischen 8.000 und 10.000 Bürger festgenommen.

Bis 1955 gab es 1800 Urteilssprüche, wovon gut 10 % auf Mitglieder des Parteiblocks und noch einmal die Hälfte Mitglieder der SED betrafen. Die Erklärung für den Aufstand lautete in der DDR offiziell, dass imperialistische Drahtzieher aus dem Westen den friedlichen Aufbau im sozialistischen Deutschland verhindern wollten.

Am Volksaufstand beteiligten sich sämtliche Gruppen der Bevölkerung. Einfache Bauarbeiter und Arbeiter auf Montage waren ebenso die Protagonisten der Proteste wie hochqualifizierte, gut entlohnte und sicher gestellte Arbeitnehmer. Jedoch war es in etwa 5000 Städten der DDR vergleichsweise ruhig geblieben. „Revolutionen werden häufig von Minderheiten getragen“, sagte Kowalczuk.

Der 17. Juni 1953 sei eines der zentralen Ereignisse der letzten 200 Jahre der deutschen Geschichte. Deswegen habe ein Historiker große Verantwortung, die Ereignisse wissenschaftlich aufzuarbeiten und für die nachfolgenden Generationen festzuhalten. Er habe aber kein Monopol auf die Geschichte. Sie existiere einmal als Wissenschaft und einmal als Gedächtnis, so Kowalczuk, der eine „Demokratisierung der Historie“ sieht. Und trotzdem müsse man als Wissenschaftler dafür sorgen, dass der 17. Juni 1953 in die europäische Geschichte aufgenommen wird, da er seine wenn auch späte Vollendung 1989 finde.

Dieser wissenschaftlichen Einführung durch Herrn Kowalczuk folgte ein Podiumsgespräch mit zwei Zeitzeugen, das von Dr. Jens Hüttman von der Bundesstiftung Aufarbeitung moderiert wurde. Klaus Gronau, 1937 geboren, war als 16-jähriger Lehrling an dem Volksaufstand beteiligt. Er war zufällig in der Berliner Stalinallee, als er auf die protestierenden Arbeiter traf. Er schloss sich den 50 Männern an und zog mit ihnen die Straße entlang. Schon früh wurden sie von der Volkspolizei gestoppt. Als sie auf LKWs verladen werden sollten, eilten ihnen unbeteiligte Menschen zu Hilfe. Ein Mann habe dem befehlshabenden Offizier gesagt, dass die Arbeiter ein Recht auf Protest hätten, erzählt Gronau. Der unsichere Offizier ließ daraufhin alle frei. Schließlich zog die Masse aus mittlerweile 1000 Menschen weiter in Richtung Oberbaumbrücke, wo die Grenzhäuschen an der Sektorengrenze in die Spree geworfen wurden. Die Demonstranten skandierten „Wir brauchen keine Volksarmee, wir brauchen Butter! und „Der Spitzbart muss weg!“. Weil die streikenden Arbeiter jedoch Unterstützung abwarten wollten, hielten sie den Aufstand gedrosselt und verabredeten sich erst wieder für 7 Uhr am nächsten Tag. Gronau hatte noch von Schüssen auf der Oberbaumbrücke gehört. Die aufständische Meute hatte begonnen, die Polizisten, die bis dahin nichts unternommen hatten, mit Steinen zu bewerfen. Daraufhin eröffneten sie das Feuer. „Sie schossen immer über die Köpfe“, erinnert sich Gronau. Dann wurden die

Grenzen zu West-Berlin zugemacht und die sowjetischen Panzer griffen ein. Sie trieben die Masse auseinander und die Leute von den Straßen. Gronau wurde Zeuge davon, wie einer der Bauarbeiter aus der Stalinallee von einem Panzer überrollt wurde. Er floh 1956 mit seiner Familie in den Westen.

Dieter Drewitz hingegen war als 10-jähriger Schüler zu jung, um selbst an dem Aufstand teilzunehmen. Doch sein älterer Bruder hatte auf dem Nachhauseweg von der Schule die streikenden Arbeiter bemerkt und sich ihnen angeschlossen. Der Bruder berichtete seiner Familie von seinen Erlebnissen. Für Drewitz trug der 17. Juni 1953 zu seiner „politischen Menschwerdung“ bei und prägte ihn nachhaltig. Denn selbst die Kinder waren damals zwischen den Fronten des Kalten Krieges „hoch politisiert“.

Im Unterricht habe man offiziell kaum über die Vorfälle gesprochen. Der Direktor musste lediglich verlauten lassen, dass es sich um einen faschistischen Putsch gehandelt habe. Was sie in der Schule erzählt bekamen, widersprach oft dem was sie selbst erlebten. Die Kinder – und zum Teil auch ihre Lehrer – waren heimlich gegen die DDR. Das sei damals normal gewesen, sagte Drewitz. „Die DDR hatte keinen Rückhalt in der Bevölkerung.“

„Die DDR fand durch den 17. Juni 1953 zu sich selbst“, erklärte Kowalczyk abschließend. Die SED-Führung wurde sich bewusst, dass die Bevölkerung gegen sie stand und ihre Macht alleine auf der Präsenz der sowjetischen Panzer beruhte. Die DDR-Bürger wurden durch die Niederschlagung des Volksaufstands traumatisiert. Sie mussten lernen, sich mit dem System zu arrangieren, solange die Sowjets den Machtanspruch der führenden Partei unterstützen.

In der Folge des Volksaufstandes begann die SED damit, zu überprüfen wo sich am 17. Juni 1953 bestimmte Menschen aufgehalten hatten. Die DDR-Regierung wollte einen Nachahmungseffekt verhindern und beobachtete die Jahrestage des 17. Juni sehr genau. Partei und Staatssicherheit stellten neue Mitarbeiter ein und verfeinerten ihr Überwachungssystem. Die Stimmungslage in der Bevölkerung sollte erfasst werden. Außerdem versuchte die SED durch eine Verbesserung im Lebensstandard die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen. Die Ressourcen, um diese Pläne wirklich durchzusetzen, fehlten allerdings.

Erst in den 1980er Jahren ordnete die SED-Führung den Volksaufstand nicht mehr als „faschistischen Putsch“ ein. Zuvor hatte sich die Sichtweise durchaus bei der DDR-Jugend durchgesetzt, so dass es nach der Vollendung der Deutschen Einheit keine nennenswerten Reaktionen aus Ostdeutschland auf den „Feiertagstausch“ des 17. Juni mit dem nach Kowalczyk eher „technokratischen“ Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober gab.

In ihren Schlussworten baten Dieter Drewitz und Klaus Gronau darum, den 17. Juni 1953 und seine Botschaft nie zu vergessen. Obwohl – oder gerade weil – er nur noch ein Gedenktag ist, sollten die Menschen sich der Opfer und dessen, wofür sie eintraten, erinnern. Schließlich sei der Volksaufstand ein erster wichtiger Schritt in Richtung Freiheit und Demokratie, die erst 1989 im ganzen Deutschland verwirklicht wurde.

Niklas Marzinek